

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

7.4.1861 (No. 82)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 7. April.

N. 82.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkundungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Telegramme.

Kehl, 6. Apr., 10 Uhr Vorm. Schon im Laufe des gestrigen Tages waren zur heutigen Einweihung der Rheinbrücke zahlreiche Festtheilnehmer hier eingetroffen. Der erste Bahnzug heute früh führte uns dann noch eine größere Anzahl Gäste zu. So eben trifft nun auch der Straßburger Eröffnungszug hier ein. Es findet offizieller Empfang statt und im Bahnhof wird ein Feuerwerk serviert.

Alles ist reich geziert, am Bahnhof an höchster Stelle, alle andern Plätzen hoch überragend, flattert eine deutsche Fahne von riesigen Dimensionen. Anwesend sind der Präsident des großh. Handelsministeriums, Hr. Geh. Rath Weizel, Hr. Direktor Zimmer und sonstige zahlreiche Festgäste aus Karlsruhe, Hr. Minister Dalwigk aus Darmstadt, Hr. Präsident Pommer-Esche aus Köln, sowie Vertreter sämmtlicher Eisenbahnen aus München, Wien, Berlin etc.; französischer Seite Mitglieder des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, des Verwaltungsraths der Südbahn nebst zahlreichen weiteren Notabilitäten.

Von der polnischen Grenze, 5. Apr. (Sch. M.) In Warschau herrscht allgemeine tiefe Trauer. Das Theater wurde auf zwei Wochen geschlossen, Abends war ein Volkschauspiel von 3000 Personen an der Stelle versammelt, wo die Februaropfer fielen und betete vor der Mutter Gottes. Die Menge zerstreute sich mit dem Rufe auf Wiedersehen. Das unweit stehende Militär ließ gewähren.

* Zur kurheffischen Verfassungsfrage.

In unserm Blatt vom 5. d. haben wir aus „Kassel, 4. Apr.“ unseren Lesern die Nachricht von einer im „Gesetzblatt“ erschienenen landesherrlichen Verkündigung, datirt vom 6. März (J.), mitgetheilt, worin die vorige Zweite Kammer getadelt und das Land ermahnt wird, Männer zum bevorstehenden Landtage zu wählen, welche auf dem demalstigen Verfassungsboden stehen. Heute sind wir nun in der Lage, diese „Verkündigung“ in ihrem Wortlaute zu geben. Sie lautet:

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst etc. etc. thun hiemit, nach Anhörung Unseres Staatsrathes, nach Anhörung Unserer geachteten Unterthanen, von neuem berufen, Eure Abgeordneten zur Zweiten Kammer der Landstände zu wählen, ist es mehr als jemals nöthig, sich der Bedeutung dieser Handlung bewusst zu werden und den Willen und die Fähigkeit derjenigen ernstlich zu prüfen, welchen Ihr das Mandat Eurer Vertretung anzuvertrauen habt.

Um aber in dieser Beziehung eines guten Erfolges sicher zu sein, möget Ihr, Unsere geliebten Unterthanen, Euch die Gründe vergegenwärtigen, welche Uns bewegen haben, die bei dem Beginn der demalstigen Landtagsperiode zur Thätigkeit versammelt gewesene Zweite Kammer aufzulösen. Ihr müßt Euch daher zunächst erinnern, daß die vorige Zweite Kammer am 8. Dec. v. J. durch einen mit großer Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß erklärte: „daß sie sich nicht als rechtmäßige Landesvertretung anzuwenden vermöge und deshalb auf Landtagsgehäfte nicht eingehen könne“.

In dieser Erklärung lag eine Verkennung der mit einem landständischen Mandat übernommenen Verpflichtung, welche sich nicht nach bloß persönlicher Auffassung oder nach einer etwa mit einem Theil der Wähler, und wäre es auch der größere, getroffenen Verabredung, sondern nach den Vorschriften des Gesetzes zu richten hat, auf dessen alleinigen Grund die Wahl zum Landtagsabgeordneten stattgefunden. Sie widerspricht aber auch dem schon von derselben Kammer befaßt ihrer Konstitution vorgekommenen Handlungen, als z. B. Kräftigung der Vollmachten, Wahl der Präsidenten etc.

In der von der nämlichen Kammermajorität an diese Inkompetenz-Erklärung geknüpften weiteren Absicht: „eine Vorstellung an Uns zu richten, in welcher Wir gebeten werden sollten, die frühere Verfassung wieder herzustellen und daran etwa vorzunehmende Abänderungen mit der auf Grund des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 zu berufenden Landesvertretung vereinbaren zu lassen“, bekundete sich sodann ein gänzlich abfälliges Urtheil über die wirklichen Sachlage der Verfassungsfrage.

Es wird genügen, daran zu erinnern, daß Unsere Regierung bei dieser Frage überall nur die auf reichlicher und allgemeiner Prüfung beruhenden Beschlüsse des Deutschen Bundes zur Ausführung gebracht hat.

Diese Beschlüsse haben erklärt, „daß in dem Mangel einer bundesgesetzlichen Ordnung der Verfassungsverhältnisse des Kurfürstenthums die Veranlassung der eingetretenen Unruhen zu erkennen, und daß die Verfassungsurkunde vom 5. Jan. 1831 nebst den in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und sammt dem Wahlgesetz vom 5. April 1849 außer Wirksamkeit zu setzen sei“.

Die Beseitigung dieser Verfassung ist also aus der Stellung Kurheffens als Glied des Deutschen Bundes hervorgegangen. Dagegen hat es sich Unsere Regierung angelegen sein lassen, dem zweiten Theil des nämlichen Bundesbeschlusses, welcher anordnete, „eine revidirte Verfassung nebst Wahlgesetz und Geschäftsordnung an die Stelle der jetzigen ohne Abänderung als Gesetz zu publiziren, dieselbe einer in Gemäßheit dieser Verfassung und des Wahlgesetzes einberufenen Landesversammlung zur Erklärung vorzulegen und von dem Resultate dieser Erklärung demnächst der Bundesversammlung Mittheilung zu machen“, im vollsten Maße zu entsprechen. Sie hat über die am 13. April 1852 zur Publikation gelangte „revidirte“ Verfassung mit den nach derselben berufenen Ständen auf zwei hintereinander folgenden Landtagen eingehende Beratungen gepflogen und die im Juni und Oktober 1857 an sie gelangten über

ein stimmenden Erklärungen der beiden Kammern der deutschen Bundesversammlung zu weiterer Beschlußnahme unterbreitet.

Die dadurch im Schoße der Bundesversammlung von neuem gepflogenen Erörterungen führten einen Beschluß herbei, wodurch der als Gesetz publizirte Verfassung die Garantie des Deutschen Bundes für den Fall in Aussicht gestellt wurde, daß die Revision derselben sich unzweifelhaft als eine mit den abgegebenen landständischen Erklärungen übereinstimmende darstelle, soweit dieselben auf Bestimmungen der Verfassung von 1831 beruhen und diese Bestimmungen nicht widersprechen.

Wir haben Uns hierauf entschlossen, allen übereinstimmenden Anträgen beider Kammern, auch denjenigen, welche noch über den Inhalt der Verfassung von 1831 hinausgehen, die vollstän digste Berücksichtigung zu gewähren, und haben in diesem Sinne die Verfassungsurkunde vom 30. Mai v. J. erlassen.

Nachdem Wir nun auf diese Weise allen von den dazu berechtigten Organen ausgesprochenen Wünschen und Bedingungen entgegengekommen waren, glaubten Wir die benäthigte Ueberzeugung hegen zu können, daß damit auch Unseren sämmtlichen Unterthanen eine Veranlassung gegeben sei, sich mit einem solchen Austrag zufrieden zu bekennen. Am wenigsten konnten Wir aber im Hinblick auf die früheren Erklärungen der Kammern der Landstände jetzt noch einen Widerspruch dagegen erwarten, da es außer Zweifel stand, daß das neue Verfassungsgesetz keinerlei Bürgerlasten vermehren ließe, auf welche Unsere geliebten Unterthanen im Allgemeinen, oder ein besonderer Stand derselben einen Anspruch aus dem früheren Verfassungsgesetz abzuleiten vermöchten, indem die Vorzüge einer wahrhaft landständischen Verfassung, die Mitwirkung bei der Gesetzgebung, bei der Steuerbewilligung, und die Mitaufsicht bei der Erhaltung und Verwendung des Staatsvermögens, sowie der Feststellung der öffentlichen Abgaben überall ungehinderter erhalten geblieben sind, während die a liberformliche Unabhängigkeit der Justiz und die Selbstverwaltung der Gemeinden die Weihe einer neuen Verfassung erhalten haben.

An dem also zu Stande gebrachten neuen Verfassungswerke konnte Unsere Regierung nichts mehr ändern, ohne in neue unabwehrbare Konflikte zu gerathen; und sie war deshalb außer Stande, die Auffassung der vorigen Zweiten Kammer zu der ihrigen zu machen. Dagegen hat Unsere Regierung niemals den Gedanken als einen durchaus unberechtigten zurückgewiesen, die besternde Hand an das gegenwärtig bestehende Verfassungsrecht zu legen und jenen Wünschen entgegenzukommen, welche auf noch weitere Uebernahme von Bestimmungen aus der früheren Verfassung gerichtet sind. Die Weisheit, mit denen der Landtag eröffnet worden, hatten eine solche Aussicht bestimmt hervorgerufen, und es wurde der Stellung von derartigen Anträgen und deren Beratung auf verfassungsmäßigem Wege entgegengetreten.

Insofern würde Unsere Regierung sich nicht abgeneigt gezeigt haben, Anträge entgegenzunehmen und alsdann zu fördern, welche zum Zweck gehabt hätten, die Vertretung des Landes, sowohl was die Erste, als die Zweite Kammer angeht, zu modifiziren, und namentlich, soweit thunlich, sich derjenigen Vertretung des Landes anzunähern, welche nach der Verfassungsurkunde vom Jahr 1831 stattfand. Von der vorigen Zweiten Kammer ist eine derartige Vertheidigung durch ihre Inkompetenzklärung entschieden zurückgewiesen worden.

Was aber bei dieser, der rechtlichen Sachlage widersprechenden Einstellung des landständischen Berufes in Masse und bei dieser dadurch herbeigeführten Unterbrechung des Landtags am meisten beklagt werden muß, das ist, abgesehen von der dadurch verlängerten politischen Aufregung, die noch niemals einem Lande Segen gebracht hat, der große Nachtheil, welcher der materiellen Landeswohlthat dadurch zugefügt wird, daß wegen Verzögerung der landständischen Zustimmung mehrere, die Geltung dieser Wohlthaten wesentlich bezweckende Pläne einen verderblichen Aufschub erlitten haben und fortwährend erliden.

Gleich bei der Eröffnung des Landtags hatten Wir durch Unseren Minister des Innern eine Reihe von Vorlagen berathendigen lassen, welche die wichtigsten Interessen des ganzen Landes, einzelner Provinzen, besonderer Stände und einer vom Schicksal hart betroffenen Klasse von Unterthanen betreffen, und noch vor Beginn der jetzigen Beratung, welche mit der Inkompetenzklärung einbittete, war der größere Theil dieser Vorlagen mit dem ausdrücklichen Wunsch überreicht worden, sich deren Prüfung schleunigst und angelegentlich zu unterziehen.

Diese Vorlagen bestanden nämlich in einem Gesetzentwurf, wonach die fünf Obergerichte wieder hergestellt werden sollen; einer Proposition, wodurch den Gläubigern der Leih- und Kommerzbank zu Kassel ihre Forderungen ganz oder zum größten Theil ohne Belästigung der Staatskasse gewährt werden; einem Gesetzentwurf wegen der Abtretung von Grundeigentum zur Anlegung von Eisenbahnen, welchem sich die Proposition zur Erbauung einer Eisenbahn von Bebra über Fulda nach Hanau anschließt; dem Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben für die Jahre 1861—1863, in welchem insbesondere darauf Bedacht genommen war, ohne Herbeiführung eines Defizits der größten Zahl der Staatsdiener die sehr notwendige Verbesserung ihrer Gehalte zu gewähren, viele für die Landeswohlthat erspriechliche Bauten in Ausführung zu bringen und mehrere andere gemeinnützige Zwecke, wie Verbesserungen im Gewerbetreiben, in der Landwirtschaft, bei dem Bau der Landwege etc. wesentlich zu fördern, und noch mehreren weiteren Gesetzentwürfen.

Ihr werdet, geliebte Unterthanen, hieraus entnehmen, welche wichtige Landesinteressen auf dem Spiele stehen, wenn nicht bald Fürsorge dahin getroffen wird, daß die an eine landständische Thätigkeit gewiesene Wirksamkeit der Regierung sich in ihren auf die Wohlthat des Landes gerichteten Absichten ungehindert entfalten kann. Das Mittel dazu ist in Eurer eigenen Hand gelegt und besteht darin, daß Ihr Uns recht bald in den Stand setzt, den Landtag wieder berufen zu können und denselben in seiner großen Weisheit mit Männern besetzt zu sehen, denen die Wohlthat ihres eigenen heffischen Vaterlandes als erste Landtagspflicht gilt,

und welche, fern von jedem unberechtigten politischen Einfluß, zur Erfüllung derselben den festen Willen und die nöthige Einsicht haben. Prüfet vor allen Dingen mit eigenem Herzen und eigenem Verstand, was dem Vaterland noth thut, damit diejenigen, welche Euch auf dem Landtag zu vertreten haben, nicht bloß ihrer eigenen persönlichen Ansicht, sondern der Meinung, welche wirklich im Besten des Landes liegt, den richtigen Ausdruck zu verleihen haben; und wenn sich an diese Meinung Wünsche knüpfen, welche auf dem demalstigen verfassungsmäßigen Rechtboden in Erfüllung zu bringen stehen, so könnt Ihr Euch zum voraus für versichert halten, daß sie bei Uns ein geneigtes Gehör finden werden.

Namentlich versichern Wir Euch Unserer Geneigtheit, solchen Wünschen entgegen zu kommen und thunsichliche Förderung zu gewähren, welche dahin gerichtet sein würden, die Vorschriften über die Vertretung des Landes, sowohl in der Ersten als Zweiten Kammer, einer weitern Ermüdung zu unterziehen.

Es gereicht Unserem landesväterlichen Herzen zur wahren Genugthuung, diejenigen Wünsche Unserer treuen Unterthanen zu erfüllen, welche zum wahren Wohle und Frieden des Landes dienen können, indem solche weder gegen die unveräußerlichen Rechte Unserer Krone, noch gegen die Pflichten gegen den Deutschen Bund verstoßen.

In der gewissenhaften Aufrechterhaltung jener Rechte und der Einhaltung dieser Pflichten ruht aber die Autorität der Monarchie, welche zur Wohlfahrt des Vaterlandes unerlässlich ist.

Wir haben, geliebte Unterthanen, hiermit zu Euch ein offenes Wort gesprochen, wie es Unsere Vorfahren in ernstlichen Tagen des geliebten Vaterlandes ebenfalls zu halten pflegten; mit Vertrauen erwarten Wir von Euch, daß Ihr Unseren wohlgemeinten Absichten entsprechen werdet.

Urkundlich Unserer Allerhöchsteigehändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatsiegels gegeben zu Kassel, den 6. März 1861.

Friedrich Wilhelm.

(Et. S.)

vd. Bolmar.

Zugleich hiemit erschien mit dem Datum „3. April“ folgendes des vom Ministerium des Innern erlassene Waplausschreiben: Nachdem durch die Verordnung vom 8. Dec. v. J., die Auflösung der gegenwärtigen Zweiten Kammer der Landstände betreffend, die Vornahme einer neuen Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer der Landstände angeordnet worden ist, so ergeht an alle durch das Gesetz vom 30. Mai v. J., die Wahl der Landstände betreffend, zur Leitung der Wahl dieser Abgeordneten berufenen Behörden und Kommissionen die Aufforderung, die demselben Befehle nunmehr unverweilt vorzunehmen.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. Apr. (Freitag, 3.) Die neue evang. Kirchenordnung, welche der im Mai oder Juni zusammentretenden General synode vorgelegt wird und die Eigenschaften eines Verfassungsgesetzes erhalten soll, enthält mehrere neue Bestimmungen, welche insbesondere eine wesentliche Erweiterung der den Gemeinden zustehenden Rechte bezwecken. Analog den entsprechenden Bestimmungen der bürgerlichen Gemeindeordnung erhalten dieselben das Wahlrecht der Kirchengemeinderäthe, deren Amtsdauer eine beschränkte und nicht mehr eine lebenslängliche sein soll. Sie werden ferner bezüglich des kirchlichen Vermögens selbständiger gestellt und soll ihnen ein gebührender Einfluß bei Besetzung der Pfarrstellen eingeräumt werden. Die einzelnen Gemeinden einer Diözese bilden die Diözefangemeinde; die Diözefangemeinde, bestehend aus einer gleichen Anzahl weltlicher und geistlicher Mitglieder, wählt den Dekan, dessen Amtsdauer eine beschränkte ist und neben welchem ein Diözefanausschuß besteht. In analoger Weise besteht neben dem Oberkirchenrath ein Generalsynodalausschuß. Auch die General synode zählt eben so viel weltliche wie geistliche Mitglieder und bleibt die Wählbarkeit in die Wahlausschüsse nicht ferner auf solche Personen beschränkt, die Mitglieder von Kirchengemeinderäthen sind oder waren.

Diellingen, Amt Pforzheim, 5. Apr. Ich habe Ihnen von einem eben so schönen, als seltenen Feste zu berichten, welches am letztverflohenen Diermontag in hiesiger Kirche unter erspriechlicher Theilnahme der zahlreich versammelten Gemeinde begangen wurde. Der hiesige Bürger und Landwirth Marx Schwarz und seine Ehefrau, Juliana, geb. Jung, Beide für ihr Alter noch rüstig und gesund, feierten ihre goldene Hochzeit. Der kirchliche Akt wurde im Anschluß an den Vormittags-Gottesdienst in angemessener und würdiger Weise vollzogen. Nach einer kurzen, der Feier entsprechenden Rede des Ortsgeistlichen wurde das Jubelpaar an derselben Stätte, wo vor beinahe 51 Jahren das Jawort gegenseitig gegeben wurde, nochmals eingesegnet. Das Gefühl der Freude und des Dankes wurde noch erhöht durch die Theilnahme, welche Se. Königl. Hoheit unser vielgeliebter Großherzog bei dieser Gelegenheit an den Tag legte. Der Jubilar wußte, als er von der Audienz heimgekehrt war, nicht genug zu erzählen und zu rühmen von des hochherzigen Fürsten Huld und Keuschheit, die er in so hohem Maße erfahren durfte. Es ist dies wieder ein neuer Beweis dafür, daß neben der echt fürstlichen Munifizenz, die, wie schon in so vielen Fällen, auch in dem vorliegenden auf das glänzendste sich bekundete, hauptsächlich die herablassende Art und Weise, womit Se. Königl. Hoheit selbst dem Geringsten Ihrer Unterthanen begegnet, es ist, was Demselben die Herzen Aller gewinnt.

Kehl, 5. Apr., Abends. Der Himmel läßt sich zu den morgigen Festlichkeiten leider nicht gut an. Auf der gan-

zen Fahrt hieher fiel der Regen heute Nachmittag unablässig in Strömen nieder, und die Berge hatten auf der ganzen Eisenbahnlinie eine tiefe Wolkendecke auf. Dies hat jedoch der freudigen Stimmung Derer, die vorzüglich heute schon des Festes wegen hieher eilten, keinen sonderlichen Eintrag; sind wir ohnehin doch im April, und der diesjährige April ist seinem sprichwörtlichen Charakter in keiner Weise untreu geworden. Könnte und sollte es morgen nicht vielleicht gerade darum schön sein, weil es heute das Gegentheil war!

Hier angekommen, schien es mir das Beste, sogleich die Bauten in Augenschein zu nehmen, durch deren glückliche Beendigung jene wichtige Förderung des internationalen Verkehrs ermöglicht worden, der die Feiler gilt. Ein Freund machte den zuvorkommenden und kundigen Führer. Ein Packwagen bot für den Augenblick willkommenen Schutz gegen den strömenden Regen und brachte uns, die brausende Lokomotive dahinter, in den neuen Bahnhof. Hunderte fleißiger Hände waren hier beschäftigt mit Vorbereitungen für morgen. Unzählige Fahnen und Wimpeln flatterten bereits aller Orten, und die Natur hatte in verschwenderischem Maße ihr Grün zum Schmuck gespendet; aber immer noch wurden Kränze und Festons gewunden und an ihren Ort gebracht, Flaggen aufgezogen, Wappen befestigt u. s. w.

Weiter führte uns der Weg zu der neuen Rheinbrücke. Ein imposantes und doch in der ganzen Anlage und Ausführung gefälliges Werk! Man erblickt zunächst ein großes, aus Quadern aufgeführtes Thor, das auf der Distanz das badi- sche, auf der Westseite das deutsche Wappen trägt. Hier eingetreten erscheint die Brücke wie eine Art gotisches Doppel- gewölbe von mächtigen Dimensionen. Der erste Pfeiler trägt zwei durch einen Zwischenbau mit einander verbundene goti- sche Thürmchen; das Ganze gemahnt im Styl an die berühmte Fassade des Straßburger Münsters. Zwischen diesem Pfeiler und dem Ufer befindet sich die Drehbrücke. Ich hatte mir die- sen Theil der neuen Brücke nie so recht klar machen können, und doch ist die Sache, wie ich jetzt sah, sehr einfach, wenn auch noch so kunstreich. Man denke sich eine Drehscheibe, oder auch nur einen Balken, der — in der Mitte auf einer Achse ruhend — sich um dieselbe horizontal im Kreise bewegt, und man hat eine ungefähre Vorstellung von dem Prinzip. Ueber- raschend für den Laien sind dann auch die außerordentlich weiten Spannungen der Brücke von einem Pfeiler zum andern, und man erstaunt, daß die Entfernungen hier — wie die Proben gezeigt haben — auch bei den stärksten Belastungen so zu sagen verschwindend klein sind. Die Thürmchen auf der Westseite sind noch nicht ganz fertig, diese jedoch wie die östlichen sind bereits mit den gelungenen Figuren des Rheins, der Kinzig und Ill geschmückt. Den badi- schen Fahnen und Wappen gesellen sich auf der Westseite zahlreiche französische bei.

Zurückkehrend besichtigten wir den neuen Bahnhof, wobei der Leiter der Bauarbeiten uns zum freundlichen Cicero- nien diente. Es ist ein äußerst komplizirter Bau, da hier viele Be- dürfnisse berücksichtigt werden mußten, die anderwärts nicht vorkommen. Die Praxis freilich wird erst zeigen, ob alle vollständig befriedigt worden sind; so viel aber sieht man jetzt schon, daß es an sorgfältiger Berechnung und wohlüberdachter Vertheilung der Räumlichkeiten nicht gefehlt hat. Auch das Neuere bietet manches Originelle und dürfte im Styl ver- schiedene Bahnhofbauten des Landes von ähnlichem Umfang übertreffen. Noch ist Vieles nicht unter Dach und man macht vorerst provisorische Räumlichkeiten zu Wartsälen, Billet- abgabehallen u. zurecht.

Auch die neue Kinzigbrücke ist ein schönes und großartiges Werk. Der Effekt, den sie auf den Beschauer macht, kommt lediglich deshalb nicht zur vollen Geltung, weil sie eben zu nahe bei der Rheinbrücke steht.

So eben — 6 Uhr Abends — bricht die Sonne durch eine Wolkenspalte und vor uns steht ein prachtvoller Regenbogen. Möchte er ein günstiges Omen für morgen sein!

Noch muß ich schließlich beifügen, daß im Laufe des henti- gen Tages bereits zahlreiche Fremde zum Feste hier angekom- men sind, und mit dem letzten Zuge werden deren voraussicht- lich noch viel mehr eintreffen. Unter den Angekommenen befinden sich namentlich verschiedene Vertreter deutscher Eisen- bahnen; die Karlsruher offiziellen Persönlichkeiten werden auf heute Abend erwartet. Bereits ist in den hiesigen Gasthöfen kaum eine Unterkunft mehr zu haben.

Stuttgart, 5. März. (Sch. M.) Die Vollendung der neuen Synagoge der israelitischen Gemeinde ist jetzt auch in ihrem Innern so weit gediehen, daß das Fest der Einwei- hung auf den 26. d. M. angesetzt werden konnte. Noch fehlt zwar die Kanzel und der Baldachin zum Allerheiligsten; es wird übrigens deren Vollendung bis zum bezeichneten Zeit- punkt kein Hinderniß im Wege stehen. Soviel schon das Neuere der Synagoge verspricht, so übertrifft doch das In- nere jede Erwartung bei weitem; erst da ist der Effekt insbe- sondere der beiden Kuppeln ganz zu bemessen. Die in drei Schiffe getheilte Kirche empfängt ihr Licht durch je zwei Fen- ster von jeder Seite und durch die Kuppeln. Die beiden Em- poren werden in der Mitte von je zwei Säulen getragen, die über den Emporen sich in je vier verbundene Säulen verwan- deln, auf denen die Kuppeln ruhen. Die Kuppeln haben auf blauem Grund goldene Sterne, die Wände sind in glühenden Farben reich bemalt, an den Kapitälern der Säulen und in den Kuppeln sind Bibelprüche in hebräischer Sprache angebracht. Der Eingang zum Allerheiligsten wird weiß mit goldener Verzierung. Zu den nächtlichen Gottesdiensten, an denen der Mosaismus reich ist, kann die Kirche mit Gas erleuchtet wer- den. Von den Kuppeln hängen zwei prachtvolle Kronleuchter nieder, deren Muster im Festsaal der Königl. Wilhelma zu suchen sind; sie werden unterstützt durch Wandleuchter, so daß die Zahl der Flammen sich auf 160 belaufen wird.

Stuttgart, 7. April. Der „Württemberg. Staatsanzeiger“ bringt in seiner neuesten Nummer mit Datum 7. April folgende Dienst- nachricht: Se. Königl. Majestät haben durch höchste Entschlie- sung vom 5. d. M. der Bitte des Chefs des Departements des Kirchen- und Schulwesens, Staatsraths v. Kämelin, um Enthebung von der Leitung des gedachten Departements

zu entsprechen und an dessen Stelle den Oberregierungs- rath Goltzer zum Wirklichen Staatsrath und Chef des Depar- tements des Kirchen- und Schulwesens zu ernennen gnädigst geruht.

Vom Main, 5. Apr. Die Bundes-Militärkommissi- on befürwortet, wie wir hören, in ihrem Gutachten über die Küstenvertheidigungs-Frage zunächst den Bau von 50 Kanonenbooten, von welchen 40 eine Flottille für die Nordsee, 10 eine Abtheilung für die Dänische zu bilden hätten. Wohlver- standen nur für das nichtpreussische Küstengebiet, denn Preu- ßen nimmt für seine Küstenvertheidigung die Beihilfe des Bundes gar nicht in Anspruch. Preußen hat, so weit man hier weiß, die Absicht, von sich aus eine preussische und eine pommerische Küstenflottille zu stellen.

Kassel, 4. Apr. (Fr. Bl.) Dr. Decker, welcher vom Kriminalgericht wegen Preßvergehen und drei Majestätsbelei- digungen, sowie wegen dreier Verleumdungen der öffentlichen Diener zu 5 Monaten Zuchthaus und 50 Mthln. Geldstrafe verurtheilt wurde, ist heute vom Obergerichte vollständig freige- sprochen worden.

Kassel, 4. Apr. (D. Z.) Einem in letzter Zeit ergan- genen Beschlusse unseres Ministeriums des Innern zufolge sollen Konzeptionen zum Buchhandel und zum Buchdruck künftighin nur auf Widerruf erteilt werden.

Bremen, 4. Apr. (Wes. Z.) Mit dem heutigen Tage ist Bremen in die Reihe der gewerbetreibenden Staaten eingetreten, indem eine heute erlassene obrigkeitliche Verordnung das von der Bürgerchaft am 29. Dez. v. J. angenommene Gesetz über die Aufhebung der Zünfte veröffentlicht.

Schleswig, 31. März. (Fr. Z.) Die Befestigungs- arbeiten in der Dannevirkefestung werden in den nächsten Tagen rascher vorwärts geführt werden, als bisher. Man erwartet hier den Ingenieurgeneral Schlegel, welcher die Oberleitung derselben übernehmen wird. Es kommen be- ständig neue Abtheilungen Ingenieure, Arbeiter, sowie Ma- terial zu den Fortifikationen an. In der nächsten Woche er- wartet man hier das 20. Infanteriebataillon aus Kopenhagen. Vor einigen Tagen erschienen ein Kanonenboot und ein Trans- portdampfschiff in der Schlei. Letzteres brachte Bauholz, Arbeitsgeräthchaften, Requisitionen für die Ingenieurtruppen u.

Berlin, 1. Apr. (Zeit.) Die Bewilligungen, welche Russland den Polen bis jetzt gemacht hat, erreichen so ziemlich die Grenze dessen, was gewährt werden kann, ohne geradezu auf die Verfassung von 1815 zurückzugreifen. Durch die Ge- staltung freier Wahlen für die Gemeinden, Kreise und Bezirke hat man die Keime gelegt zur Entwicklung von Organen, die sehr bald im national-polnischen Sinne sich thätig erweisen werden. Durch den Staatsrath ist den Polen wenigstens der Anfang zu einem eigenen politischen Mittelpunkt gegeben. Da diese Erfolge durch einige erbärmliche Straßenerreignisse erreicht sind, so ist kein Zweifel, daß die Polen weiter gehen und zunächst eine Sonderverfassung beantragen werden. Ob man auch diese bewilligen wird, möchte denn doch noch zweifelhaft sein. Zu Kaiser Alexander des Ersten Zeiten war eine solche Verfassung ein gefährliches Spiel, dem schließlich durch das Gewicht des in dem übrigen Russland widerstandlos regierenden Absolutis- mus jederzeit ein Ende gemacht werden konnte. Zur Zeit Kaiser Alexander's des Zweiten würde der polnische Konstitu- tionalismus ein sehr gefährliches Reizmittel für den russischen Adel werden, der bekanntlich schon während der Verhandlung über die Bauernbefreiung in den letzten Jahren mehrfache Versuche gemacht hat, die kaiserliche Allgewalt zu beschränken. Uebrigens beweist die Auffassung, welche die polnische Frage in unserer Presse gefunden hat, welche einen Fortschritt die Bildung seit 1848 gemacht hat. Von der kindischen Sentimentalität, die von dem eigenen Haus ein Stück niederreißen möchte, um einer fremden, durch sich selbst ruinirten Nationali- tät einen Platz zu schaffen, wo sie sich wieder anbauen kann, ist bei uns kaum noch eine Spur zu finden. Von Elbing bis nach Breslau, von Königsberg bis Köln hat die Presse über die polnische Frage nur ein Urtheil. Nur eine einzige preu- ßische Zeitung hat unseres Wissens dem polnischen Zukunftsreich das östliche Stück der Provinz Posen im voraus für den Fall anzubieten sich gestattet, daß wir Deutschen uns zu einem deutschen Reich konsolidiren sollten. Als ob wir dann nicht erst recht mit mächtiger Hand das festhalten müßten, was wir jetzt haben! — In einem der Ministerräthe, die vorige Woche beim Könige abgehalten wurden, waren die zwischen Oester- reich und Preußen stattfindenden Unterhandlungen in Betreff der Bundes-Kriegsverfassung Gegenstand der Besprechung. Die Unterhandlungen sind in letzter Zeit etwas mehr in Gang gekommen und besonders die dabei allein in Betracht kommen- den militärischen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund getreten. Indessen liegt bis jetzt noch kein ausreichender Grund zu der Erwartung vor, daß Oesterreich dem Anschlusse der beiden nördlichen Bundesarmeen an Preußen zustimmen werde. Was die beiden südlichen Bundesarmeen betrifft, so würde Preußen, falls Oesterreich verhindert wäre, an dem Bundeskriege Theil zu nehmen, die Führung derselben Bayern mit derselben Bereitwilligkeit zuzugestehen, welche es in dem gleichen Falle schon 1859 bewies.

Berlin, 4. Apr. Ihre Königl. Hoheit die Frau Kron- prinzeßin ist gestern Abend wieder glücklich hier eingetrof- fen. — Von der Expedition nach Japan hören wir, daß der abgeschlossene Handelsvertrag allen preussischen Unter- thanen dieselben Rechte zusichert, welche bis jetzt die Ameri- kaner, Engländer, Russen, Franzosen, Holländer und Portu- giesen genießen. Das Transportschiff „Elbe“ hat die Ver- tragsdokumente am 28. Jan. der nächsten Poststation in Jo- sukama zur Beförderung nach Berlin überbracht und ist nach Schanghai (China) unter Segel gegangen, wo das Schiff am 5. Febr. eintraf. Dort wird es die Ankunft der anderen Schiffe erwarten und mit ihnen nach Siam (Sinterindien) gehen, um die Dokumente über den mit dem dortigen Herr- scher verabredeten Handelsvertrag in Empfang zu nehmen, und sodann die Rückreise nach der Heimath fortzusetzen. In

Siam soll auch statt des Ballastes Schiffsbaumholz geladen werden, damit die Kosten der Expedition in etwas verringert werden. — Gestern Abend fand hier eine Gasexplosion statt. Dieselbe war so heftig, daß in dem betreffenden Haus die Fensterkreuze herausgerissen wurden und die Glassplitter weit umherflogen.

Wien, 4. Apr. (N. Z.) Wir lieben es nicht, uns in Illusionen zu wiegen; in der Politik sind solche Träume etwas gefährlich. Die Krisis im Ministerium ist äußerlich geschlich- tet, die Mitglieder des Kabinetts reichten sich die Hände, der kaiserliche Herr äußerte sein Vertrauen in das Streben der leitenden Persönlichkeiten; eine Täuschung aber wäre es, hier- aus eine Begleichung des am Kern des Staats nagenden Konflikts entnehmen zu wollen. Ungarn steht nicht auf dem Punkt, einen Vergleich, eine Versöhnung, eine Vermittlung zu suchen oder zu wünschen; vielleicht Einer oder der Andere unter den Magnaten, vielleicht eine achtbare Minorität besorg- ter Patrioten und gaghafter Naturen hat das Gelüste, in Un- terhandlungen einzutreten; die Mehrheit ist erhist, und will nichts von Oesterreich, nichts von Wien, nichts von Deutschen wissen. Die Personalunion ist das Mindeste, was die heuti- gen Wortführer der Magyaren verlangen; sie streben aber nach vollkommener Selbstständigkeit im Staateengebilde Euro- pa's, und halten den Moment für dieses Unternehmen günstig.

Triest, 2. Apr. Die „Tr. Ztg.“ schreibt über die Alarm- gerüchte, welche in jüngster Zeit von hier aus durch den Telegraphen über ganz Europa verbreitet worden: „In den letzten Tagen wurde die Geschäftswelt, welche ohnedies nicht auf Rosen gebettet ist, durch drei kurz nacheinander auftau- chende Gerüchte beunruhigt, die auch durch den Telegraphen weiteste Verbreitung und einen gewissen Ansehen von Glaub- würdigkeit erhielten. Zwischen den Piemontesen und den Oesterreichern sei, hieß es, ein Zusammenstoß erfolgt; in Klett sei ein Korps Garibaldianer gelandet; eine in Spiga erfolgte Landung von Garibaldianern habe den Vertretern der Großmächte in Konstantinopel Anlaß gegeben, die Abendung einer gemischten Kommission nach der Herzogina zu ver- langen. Was nun den angeblichen Zusammenstoß betrifft, so haben wir uns in italienischen Blättern bis jetzt vergeblich um nähere Aufklärung umgesehen; dieselben thun davon nicht die geringste Erwähnung. Die Landung in Klett wurde bereits von uns widerlegt, und was jene in Spiga betrifft, so erweist sie sich nach vollkommenen zuverlässigen Nachrichten als reine Erfindung. Ueberdies freuzen, wie wir vernehmen, zwischen Antivari und Castel Eastua fortwährend österreichische und türkische Kriegsschiffe.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Apr. (E. d. D. P.) In heutiger Privat- konferenz der Deputirten beantragte Nary, keinen Beschluß hinsichtlich der Landtagsöffnung zu fassen. Teleky und An- dere wollen nicht nach Ofen gehen. Dagegen äußerte Deak: „Ich erachte es für meine patriotische Pflicht, nach Ofen zu gehen, und sollte ich allein dahin gehen; es wäre höchst be- dauerlich, wenn wir . . . (das betreffende Wort fehlt), noch bevor wir Gelegenheit hätten, die Wünsche und Beschwerden des Landes vor Europa auszusprechen; damit gäben wir un- sern Gegnern eine Waffe, mit der sie der Welt beweisen wür- den, daß wir den verschiedenen Nationalitäten nicht die Hand reichen wollen.“ Lebhaftes Geknurre begleitete Deak's Rede. Demgemäß wurde kein Beschluß hinsichtlich der Landtags- eröffnungsfrage gefaßt; es bleibt jedem Deputirten überlassen, ob er in Ofen erscheinen will oder nicht.

Wien, 5. Apr. (E. d. Fr. Z.) Die Zeit der Eröff- nung des Landtags ist noch unbestimmt. Die Aufregung unter den Deputirten ist groß. Die Eröffnungsrede des Gra- fen Apponyi, von deren Annahme derselbe kein Verbleiben im Amte abhängig macht, ist noch nicht genehmigt worden. Eine telegraphische Nachricht von Wien über deren Genehmigung wird jedoch stündlich erwartet.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 31. März. (Z. f. N.) Gegen Pro- fessor Hildebrand ist seit seiner Rückkehr nach Bern nichts weiter unternommen worden. Staatsanwalt und Gericht, denen man die Sache nach Erlaß der Siekbriefe gegen ihn übergeben, haben vielmehr geradezu nicht den geringsten Grund zu einer Untersuchung gegen ihn gefunden.

Bern, 3. Apr. (D. Z.) Nach zuverlässigen Berichten aus Turin hat sich die Turiner Eisenbahn-Kommission mit überwiegender Mehrheit in der Frage der Alpenüberfah- rung für den Lucmanier ausgesprochen, die Minder- heit stimmte für den Splügen. Vom Gotthard wurde, wie es scheint, gänzlich Umgang genommen. Die Bevölkerung des graubündnerischen Oberlandes hat sich auf einem diese Woche abgehaltenen Tage in Ilanz dem Lucmanierunterneh- men aktiv mit einer Beihilgung von einer Million Franken angeschlossen, so daß die schweizerische Beihilgung am Luc- manier nun den Betrag von 16 Millionen erreicht.

Der Bundesrath hat, wie Sie wahrscheinlich bereits wissen, das Königreich Italien in Verantwortung der sardinischen Notifikation anerkannt und den von der sardi- nischen Note geäußerten Wunsch, daß die freundlichen Be- ziehungen zwischen beiden Ländern fortbauern mögen, in gleichem Sinn erwidert, mit der Zusage, daß schweizerischer Seits nichts werde versäumt werden, was zur Aufrechterhaltung des bisherigen guten Einvernehmens mit Italien beitragen könne.

Bern, 3. Apr. (Fr. Z.) Während die Turiner Regierung die kriegerischen Rüstungen immer mehr beschleunigen läßt, wird von zuverlässiger Seite versichert, daß die in der Schweiz befindlichen Offiziere der Garibaldi'schen Armee die bestimmte Weisung erhalten haben, sich bis Mitte April für die Eröff- nung eines neuen Feldzugs bereit zu halten. Aus Genf ver- nimmt man, daß in dem benachbarten Savoyen Anstalten zur Aufnahme einer bedeutenden Masse französischer Truppen ge- troffen werden.

Italien.

Turin, 1. Apr. (Röln. 3.) In ganz Venetien befindet sich kein einziger italienischer Soldat mehr. Die Truppen des Erherzogs von Modena haben sich solcher Unerbörlichkeiten schuldig gemacht, daß die Bewohner sich beim Statthalter deren Stellvertretung durch kroatische Truppen ausgedehnt haben. Diese sind denn auch in die genannte Provinz geschickt worden. — In Parma, Bologna und Ravenna ist eine gewisse Anzahl von Garibaldianern verhaftet worden, weil dieselben sich anschickten, gegen die österreichische Grenze zu marschieren. — Das italienische Geschwader soll vor Ancona geschickt werden; Desterreich hat dem Gouverneur von Triest den Befehl erteilt, für den Fall, daß diese Maßregel wirklich ausgeführt werden sollte, sämtliche Hafensplätze von Istrien in Belagerungszustand zu erklären.

Turin, 4. Apr. General Lamarmora hat seine Abankung unter der Bedingung zurückgenommen, daß man an den Ufern des Mincio ein großes verschanztes Lager errichtet, daß La Rocca di Brescia verstärkt und sein Armeekorps auf einen Effectivstand von 60,000 Mann gebracht wird. Alles wurde, ohne Ausnahme, bewilligt. — Man liest in der „Italia“ von Turin vom 4. April: General Garibaldi ist heute Morgen mit dem ersten Zug von Genua hier angekommen. Er stieg bei einem seiner Freunde, dem Obersten Missori, ab. Mehrere höhere Offiziere besanden sich bei ihm. Kaum war er angekommen, als eine Menge Personen herbeieilten, um ihm ihre Sympathie zu beweisen. Der General leidet in diesem Augenblick an einem Rheumatismus im rechten Bein und an einer Verstauchung des Armes, welche er sich in Caprera, bei dem Bau einer Mauer, zugezogen hat. Gegen Mittag fand ein großer Zusammenlauf vor dem Hause statt, und die Menge gab auf lebhafteste Weise ihren Enthusiasmus für Garibaldi zu erkennen. General Sirtori erschien an einem Fenster und sagte, daß sein Freund leidend sei, und ihn beauftragt habe, für die Beweise der Sympathie zu danken. Was den Zweck seiner Anwesenheit hier anbelangt, so wird das Verschiedenartigste erzählt. Es sagen sogar Einige, er sei von dem König (und zwar in vollem Einverständnis mit Hrn. v. Cavour) herbeigerufen worden, um Theil an den Feindseligkeiten zu nehmen. — Man zeigt auch an, daß ein Dekret, welches den Bankbilletten Zwangsfurs gäbe, erscheinen soll. — Hr. Bastogi, der neue Finanzminister, ist hier eingetroffen und bereits von seinem Vorgänger, Hrn. Beghezzi, installirt worden. Seit drei Tagen bringt die Post Tausende von gedruckten Briefen, welche die Biographie Bastogi's enthalten und ihn als ein wahrhaftiges politisches Chamäleon schildern. Diese Rundschreiben sollen von Florenz kommen, wo Hr. Bastogi sehr übel angeschrieben ist. — Marquis Brignole-Sale, der früher mehrere Jahre lang sardinischer Gesandter in Paris gewesen, hat seine Entlassung als Senator eingereicht, indem er als Grund anführte, der Titel eines Königs von Italien bedinge eine Verletzung der Rechte des hl. Vaters.

Turin, 4. Apr. (L. d. D. V.) Die Verbindung Neapels mit Turin mittelst einer Eisenbahn soll binnen 8 Monaten vollendet sein. — Es heißt, den nicht legalen Werbungen soll energisch entgegengetreten werden.

Frankreich.

Paris, 5. Apr. Der „Moniteur“ meldet heute aus Konstantinopel, daß der türkische Gesandte am französischen Hof, Bely-Pascha, sich nach Marseille einschiffte und daß Dmer-Pascha zum Minister ohne Portefeuille ernannt wurde. Ich nehme hieraus Anlaß, zu erwähnen, daß man im hiesigen Publikum unehrerbietig genug ist, trotz der offiziellen Widerlegung beharrlich von Modifikationen im Kabinete zu sprechen und namentlich den Grafen Persigny als besonders bedroht darzustellen. Darf man „on dit“ glauben, so fehlt es nicht am Willen, sondern an der Möglichkeit, ihm einen Nachfolger zu geben. Heute übrigens nennt man als seinen Nachfolger Hrn. Gaspard-Laubat, während Hr. Behic, unter Louis-Philipp Staatssekretär und demalsten Direktor des Seebienstes der Messageries impériales, als künftiger Marineminister genannt wird. — Doch ich komme nochmals auf den „Moniteur“ zurück. Neben seinen nun fast täglich gewordenen Korrespondenzen aus London schreibt sich das offizielle Organ heute auch eine Korrespondenz aus Pesth. Die Pesther Korrespondenz ist eben so wenig wohlwollend für Desterreich, als die Londoner Korrespondenzen es für England sind. Der „Moniteur“ schildert das Verhältnis Ungarns zum Haus Oesterreich. „Als — heißt es darin u. A. — (1848) die österreichischen Staatsmänner eine völlige Losrennung Ungarns vor Augen sahen, da bedienten sie sich des Antagonismus zwischen den Slaven und den Magyaren. . . Dank der Mitwirkung der Slaven, Dank insbesondere Rußlands, wurde die ungarische Revolution niedergeworfen; Ungarn wurde seiner Institutionen beraubt und dem österreichischen Kaiserreich als Provinz einverleibt. Allerdings theilten die Kroaten und Serben das Schicksal Jener, die sie bekämpft hatten“ . . . u. s. w. Ich glaube, daß man wohl thun wird, dieser Moniteurkorrespondenz eine gewisse Bedeutung beizulegen. — Die offiziellen Abendblätter veröffentlichten eine identische Note des Inhalts, daß der Kaiser, „trotz seiner in Italien befolgten Politik, welche jeden Familienehrgeiz und jeden Eroberungsgedanken ausschließt“, dem Prinzen Murat einen Brief geschrieben habe, worin er das Manifest in billigt. Der Mohr (lesen Sie das Manifest) hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann getadelt werden. Uebrigens läßt es Se. Majestät auch anderweitig nicht an guten Rathschlägen fehlen. So rief der Kaiser, versichert man, an, zur Vermeidung von Aufsehen das Banket zu unterlassen, welches zu Ehren Kapfa's, Türks u. s. w. im Hotel Louvre stattfinden sollte. Das Banket wird unterbleiben. Die Serpafesten haben Befehl erhalten, die Vertheidigungsarbeiten in den Häfen und an den Küsten so rasch als immer möglich vollständig herzustellen. Admiral Bouet-Willamez schiffte sich in Toulon selbst an Bord des

„Caton“ ein, um die verschiedenen Punkte zu inspizieren. Nach seiner vierstägigen Abwesenheit wurde gestern eine neue gepanzerte Fregatte, „l'Invincible“, vom Stapel gelassen. — Dem Staatsrath liegt ein Gesetzentwurf vor, womit das Pensionsreglement für die Flotte vom 18. Apr. 1831 modifizirt wird und diese Pensionen wesentlich erhöht werden. — Wie ich versichern höre, glaubt man im Gejegebenden Körper, daß man wohl noch 2 bis 2 1/2 Monate beisammen bleiben wird. Zu thun werden die Herren freilich nicht sonderlich viel haben; doch scheint die Regierung zu beabsichtigen, der Kammer bis dahin noch eine Erhöhung des Kontingents von 100,000 auf 140,000 Mann — eventuell eine Anleihe vorzuschlagen. — Das Tribunal verurtheilte gestern, auf Antrag mehrerer Aktionäre, die Auflösung der Caisse-Mirès, „deren Fortbestand nach Verlust eines namhaften Theils des Gesellschaftskapitals“ nicht mehr möglich ist. Die Hh. Vorbeur und Richardiere sind zu Liquidatoren ernannt. — Die Dividende der Ostbahn wurde vom Verwaltungsrath auf 40 Fr. festgesetzt (im vorigen Jahr betrug sie 38.50). Die Börse war heute etwas besser. R. nie bleibt 67.75 (auf Zeit u. pr. ct.), Mobilier 648.75. — Man sagte, die Bank von Frankreich werde ihren Disconto morgen auf 4 1/2 % herabsetzen. — Der Kaiser hat Befehl erteilt, ihm die Pläne und Kostenvoranschläge zur Restauration des Schlosses von St. Germain vorzulegen.

Spanien.

Madrid, 4. Apr. Die Marokkaner bezahlen bedeutende Summen. Die „Correspondencia“ verurtheilt, daß vollständige Ruhe in Marokko herrsche und man der Ausführung des Vertrags getreulich nachkomme. — Der Kommissionsbericht über die Preisangelegenheiten ist im Kongress vorgelesen worden.

Großbritannien.

London, 4. Apr. Die ultramontane Partei Irlands hat beschlossen, sich der von Lord John Russell in Italien befolgten Politik als Waffe gegen die Regierung zu bedienen. Eine Adresse wurde an die Königin gerichtet und darin auseinandergesetzt, daß, nachdem man mit einem großen Interesse die Anerkennung der Rechte eines jeden Volks vernommen habe, seine Regierungsform, sowie seine Gesetze zu ändern oder zu wählen, bitte Irland das Parlament J. Majestät: „Eine öffentliche Abstimmung durch Wahl und allgemeine Stimme in Irland hervorzurufen und zu bevollmächtigen, um zu wissen, ob das Volk eine nationale Regierung und eine unabhängige Gesetzgebung, oder das gegenwärtige Regierungssystem verlange.“

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Apr. (Fr. 3.) Die offizielle „Departementszeitung“ bringt einen Bericht des Conseilpräsidenten an den König über die Vorgänge in der holsteinischen Ständeverammlung. Nach demselben war Raasloff wiederholt instruiert worden, daß der §. 13 die Ständeverammlung ebenso stelle, als ob ihr das Budget selbst speziell vorgelegt würde. Die Stände könnten die für Holstein aufgeführten Summen annehmen, verwerfen, oder ändern. Raasloff habe diese Instruktionen rechtzeitig erhalten, um seine Erklärung darnach abgeben zu können.

Kopenhagen, 5. Apr. (L. d. St. Bl.) Die „Departements-Zeitung“ sagt: Auf die Aufforderung der Mächte, den Ständen das Budget Holsteins vorzulegen, hat Dänemark unterm 4. März geantwortet und gemäß der Resolution von 1859 die Vorlage gemacht. Lord Brougham, mit der Vorlage einverstanden, hat dem Lord Ellenborough nicht anders geantwortet.

Rußland.

St. Petersburg, 28. März. Die neuesten Berichte vom Kaukasus bringen Details über militärische Operationen im Kubangebiet, an welchen sich auch der Prinz Wilhelm von Baden theilhaftig hat. Nachdem Ende vorigen Jahres die Ebene und die nächsten Bergschluchten zwischen dem Fluße Suz und der Abgum-Klinie vom Feinde gereinigt waren, übertrug Generaladjutant Graf Eudotimoff dem Generalmajor Babitsch einen Zug längs des Durchganges vom Adin bis zum Fort 34, um die Bergvölker zu verhindern, sich in diesen Gegenden wieder anzusiedeln. Diese Expedition dauerte vom 13. bis 23. Januar und hatte guten Erfolg; es wurden 2000 Stück Vieh erbeutet, viele feindliche Wohnungen mit Borräthen vernichtet und 6 Gefangene gemacht. Anfangs Februar unternahm Graf Eudotimoff eine zweite Expedition, um die Bewohner der Schluchten am oberen Schesch zu züchtigen, welche sich vielfach feindlich erwiesen und namentlich einen den Russen nachtheiligen Einfluß auf die Schapjagen ausgeübt haben. Geführt vom Generalmajor Babitsch, setzten sich die Truppen am 21. Febr. in drei Kolonnen den Scheschfluß aufwärts in Bewegung. Der Marsch der rechten und der linken Kolonne (unter dem Kommando resp. des Generalmajors Fürsten Schalkoff und des Obersten Lewaschew) war wenig beschwerlich; dagegen stieß die Avantgarde der mittleren Kolonne, unter Anführung des Prinzen Wilhelm von Baden, beim Durchgange durch die Engpässe und Schluchten auf große Hindernisse und mußte schon 6 1/2 Meilen vom Fort Grigorjewsk entfernt zwei feste Wälle nehmen. Gegen sechs Uhr Abends vereinigte sich die Avantgarde mit der linken Kolonne und bezog vor dem feindlichen Aul Pischgaba am Fluße gleichen Namens das Nachtlager, während die Kolonne des Fürsten Schalkoff auf's rechte Ufer des Schesch übergang und sich dort an der gegenüberliegenden Seite von Pischgaba niederließ. Am 22. Febr. wurden aus dem Lager drei Kolonnen abgeschickt; die eine unter dem Prinzen von Baden, um längs des Pischgaba und dessen obern Zuflüssen zu rekonoszieren und die Aul's zu zerstören. Trotz aller örtlichen Hindernisse rückte diese Kolonne sehr schnell vorwärts, und als sie am Abend in's Lager zurückkehrte, hatte sie ihre Aufgabe mit dem besten Erfolge erfüllt, nämlich sehr viele Aul's zerstört und den Feind, der übrigens nur schwachen Widerstand leistete, gerührt. Nachdem der Zweck der Expedition erreicht war, wurde am 23. der Rück-

zug angetreten. Hierbei hatte aber die Arrieregarde, welche wiederum der Prinz von Baden anführte, hartnäckige Kämpfe mit dem Feinde zu bestehen, dessen Zahl mit dem Maße, als sich die Truppen entfernten, immer mehr anwuchs, der aber bei seiner Verfolgung hitzig und unvorsichtig verfuhr, daß es dem Prinzen von Baden leicht wurde, ihm eine Abtheilung in den Rücken zu schicken, was einen so guten Erfolg hatte, daß der Feind von der Verfolgung fast gänzlich abließ und die Arrieregarde, ohne einen Schuß zu thun, den Marsch fortsetzen konnte. Am 24. Febr. war das Detachement wieder im Fort Grigorjewsk eingetroffen. Diese ganze Expedition kostete dem Detachement an Todten 1 Offizier und 4 Gemeine, und an Verwundeten ebenfalls 1 Offizier und 11 Gemeine. Der Feind ließ 4 Gefangene und über 50 Tode in den Händen der Sieger.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Apr. Es ist ein Irrthum, wenn der „Levant Herald“ verkündete, daß die bei Spiza gelandeten Individuen von General Mikroslawski befehligt seien. Es soll eine Namensverwechslung zu Grunde liegen. — Bely-Pascha, der türkische Gesandte in Paris, hat sich vorgestern nach Marseille eingeschiffet. — Dmer-Pascha ist zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden. — Die Porte hat ein Memorandum bezüglich der Blokade der adriatischen Küste erlassen. — Die Protokolle der syrischen Kommission sind angekommen. Uneinigheit herrscht unter ihren Mitgliedern.

Beirut, 16. März. (D. P.) Wegen der Entschädigungsfrage herrscht in der europäischen Kommission eine Meinungsverschiedenheit. Die Sitzungen wurden suspendirt. Die Vollziehung der Urtheile ist bevorstehend.

Bermischte Nachrichten.

Nach einer Kundmachung des Finanzministeriums in Wien werden nach dem Durchschnittsursatz vom Monat März die im April verfallenden Nationalanlehenszinsen mit 46 Prozent Aufgeld bezahlt.

Aufruf.

Wer hilft Sklaventinder loskaufen?

Auf die furchtbare, grausamste Weise wird der Sklavenhandel noch bis auf den heutigen Tag in Westafrika getrieben. Unmensliche Sklavenhändler fangen und rauben fortwährend aus teuflischer Gewinnlust die Neger im Innern von Afrika und treiben sie dann in Herden, an den Ufern der Missionshäuser vorbei, nach der Westküste Afrika's, wo sie, Männer, Frauen und Kinder, als Sklaven verkauft, in die finstern Löcher der Sklavenschiffe eingepackt und erbarmungslos nach Amerika fortgeschleppt werden, oder aber unterwegs in Folge der langen Leiden, Marter und Qualen scharenweise dahinsterven. So verfahren uns Tausende von Augenzeugen, und so auch wieder in diesen Tagen ein heimgekehrter Missionar, Hr. Bratschin aus Gernsbach im Badi'schen. Welches Menschenherz blutet nicht bei solchen Abscheulichkeiten? Wer wird nicht gerne — und wenn auch nur ein Scherlein — dazu beitragen, diesem entsetzlichen Elend endlich abzuhelfen!

Es gibt ein Mittel, und das ist Loskauf. Ein Sklaventind kostet 200 Franken oder 100 Gulden; um diesen Preis haben die Missionare in Afrika schon manche Negertinder von den vorbeiziehenden Sklavenhändlern gekauft und in ihre Missionshäuser und Schulen aufgenommen, sie dort zu Predigern und Lehrern oder Handwerkern, je nach ihrer Befähigung — denn an Bildungsfähigkeit stehen sie europäischen Kindern durchaus nicht nach — herangebildet und so an Leib und Seele gerettet und für das Evangelium, für das Himmelreich gewonnen. Auch hier in Karlsruhe hat die Erzählung dieser Gräueltat fürzlich so gleich bereitwillige Herzen zur Abhilfe gefunden; dem Hrn. Missionar Bratschin, welcher nach Bremen abgereist ist und Anfangs Mai d. J. von dort nach Afrika zurückkehrt, wurden bereits schnell zusammengekommen 200 fl. theils mitgegeben, theils nachgeschickt, um damit zwei Sklaventinder — zwei Knaben — in Afrika loszukaufen, und für den Loskauf eines dritten Kindes — eines Mädchens —, und so Gott will, noch weiterer solcher unglücklichen Kinder, hat bei Hrn. Missionar Sutter dahier bereits eine weitere Sammlung begonnen, deren Ergebnis derselbe jeweils an den Ort ihrer Bestimmung nachzusenden übernommen hat.

Wer ein süßendes Herz für das furchtbare Elend unserer Mitmenschen hat, den bitte und beschwöre ich nun — er wohne nah oder fern — um milde Gaben, damit recht Viele dieser lieben Sklaventinder losgekauft und gerettet werden können. Ist ja doch Leben viel seliger, denn Nehmen, und gar noch zu dem heiligen Zweck der Seelenerrettung, und „Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt Mich auf!“ so sprach ja einst unser Herr und Heiland Jesus Christus!

Hier in Karlsruhe sind Gaben zu empfangen und an Hrn. Missionar Sutter abzuliefern, außer mir, noch bereit: Hr. Oberhofprediger Deimling, Hr. Dekan Roth, Hr. Dekan Gneffelin, Hr. Dekan Zimmermann, Hr. Seminarlehrer Stern, Hr. Pfarrer Frommel, Hr. Buchhändler Utrici, Hr. Buchdruckereibesitzer Gutsch, Hr. Uhrmacher Kaufmann, Hr. Sprachlehrer Haas, und Frau Buchbinder Gräff.

Karlsruhe, den 7. April 1861.

J. v. Stodhorn, Geh. Reg.-Rath.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 7. Apr. 2. Quartal. 45. Abonnementsvorstellung. Andreas Döfer; Trauerspiel in 5 Akten von Immermann.

Dienstag, 9. Apr. 2. Quartal. 46. Abonnementsvorstellung. Die Dame von Venet; Oper in 3 Akten, von Boieldieu.

